

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Koch'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 248

Neuenbürg, Mittwoch, den 26. Oktober 1921.

79. Jahrgang.

Bezugspreis:
Wöchentlich in Neuenbürg
M 15.45. Durch die Post
im Orts- und Oberamts-
bezirk sowie im sonstigen
inländischen Bezirke M 16.50
mit Postbestellgeld.
In Fällen von höherer Ge-
walt besteht kein Anspruch
auf Lieferung der Zeitung
oder auf Rückerstattung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Poststellen, in Neuenbürg
außerdem die Ausdräger
jederzeit entgegen.

Colonata Nr. 24 bei der
O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Anzeigebrief:

Die einseitige Beilage
oder deren Raum im Bezirk
75 J., außerhalb desselben
85 J. Offerte und Kaufver-
einerleiung 50 J.
Kleinere Zeile M 2.50.
Bei größeren Aufträgen em-
sprechender Rabatt, der im
Falle des Wiederholens
hinfallig wird, ebenso wenn
Jahlung nicht innerhalb
4 Wochen nach Rechnungs-
datum erfolgt.

Schluß d. Anzeigenannahme
tags vorher.

Druckereibesitzer Hr. 6.
Für telefonische Aufträge
wird telefonischer Bescheid über-
nommen.

Staatsbankrott?

Im Volke hört man gegenwärtig wieder murren, daß der deutsche Staatsbankrott nicht mehr vermeidbar sei. Viele Deutsche haben dabei eine recht naive Vorstellung, als ob der Reichskanzler als Geschäftsführer des Reiches sich den Möglichkeiten fassende und im Amtsgericht Berlin-Mitte die Zahlungsunfähigkeit des Deutschen Reiches anmelde. Viele glauben, wenn sie ihr Geld verhehlen, oder Wertgegenstände und Barwerte hamstern, oder auch alle festverzinslichen Papiere verkaufen und dafür Aktien erwerben, für sich den Folgen des öffentlichen Bankrotts zu entgehen. Solche Gedanken sind töricht. Das Hamstern von Bargeld ist eine pure Torheit. Kürzlich wurde festgestellt, daß in einer entlegenen Gegend Deutschlands ein Bauer aus Angst vor dem Staatsbankrott und vor dem Steuerfiskus Geldscheine hamsterte. Er teilte einem Vertrauten mit, er habe in seiner Kommodenschieblade fünf Millionen M.-A.-Scheine liegen. Der Mann verstand nicht, daß er die Entwertung des Papiergeldes dadurch fördert, wenn er die Scheine unbenutzt in seiner Wohnung liegen läßt. Nebenbei sieht sich der Mann dem Verlust des Geldes durch Diebstahl und Feuer aus und verzichtet auf Jinsen. Auch wer Vorräte und Sachgegenstände hamstert, beschleunigt eine Entwicklung, die zur Auflösung aller wirtschaftlichen Beziehungen führen muß. Werden über den Bedarf hinaus lebenswichtige Bedarfsartikel gekauft, so wird die Not aller derer vergrößert, die von der Hand in den Mund leben müssen. Würde es einmal zu Hungerrevolten kommen, so würden sich der Doh und der Rachegeist der Darbenden gegen die Hamsterner wenden, die durch ihr kurzfristiges Verhalten zur Steigerung der Not beigetragen haben. Wer festverzinsliche Papiere verkauft und dafür die jetzt so überwerteten Aktien erwirbt, vergißt, daß Aktien, Bux und andere industrielle Wertpapiere nur dadurch ihren Wert erhalten, daß die Produktion und der Absatz der Waren lebendig bleiben. Die fortschreitende öffentliche Verschuldung aber zwingt zu immer höherer steuerlicher Belastung und führt dazu, daß die Industriewerke wegen mangelnden Absatzes eingestürzt oder stillgelegt werden müssen. Dann aber müssen die Aktien von ihrer letzten schwindelnden Kurshöhe herunterstürzen. Durch dieses Mittel kann der einzelne sich selbst vor den Folgen eines Staatsbankrotts schützen. Staatsbankrott bedeutet doch, daß Deutschland keine ausländischen Währungsgeber, keine inländischen Lieferanten, sowie seine Beamten und Arbeiter nicht mehr bezahlt. Das würde ein Zwangsmaßnahmen unserer Vorgesetzten, in erster Linie die Befreiung des Ruhrgebietes und des Industriegebietes im deutschen Westen, ein Stillstand der Wirtschaft, sowie ein Zusammenbrechen in den Reihen der öffentlichen Angestellten bringen. Der Wert des deutschen Geldes würde noch unter den des polnischen Geldes sinken und durch jeden Warenkauf im Innern und nach außen unmöglich machen. Da sich der einzelne gegen den Staatsbankrott nicht schützen kann, muß er alles aufbieten, um den Staatsbankrott zu vermeiden. Hierzu gehören Verzicht auf Hamsterei und Wuchererei, intensive treue Arbeit und Opferwilligkeit gegenüber der Gesamtheit!

Deutschland.

München, 24. Okt. Vor dem Schöffengericht München fand wieder ein Kuruzugriff statt. Der Vorsitzende des bayerischen Landtages Erhard Auer trat als Kläger gegen den früheren Vorsitzenden der national-sozialistischen Partei Anton Drexler und gegen den Redakteur des „Völkischen Beobachters“ Hugo Wackhaus, auf. Beide hatten in Wort und Schrift behauptet, daß Auer zu jenen Führern gehöre, die ihre politische Diktatur nach eigenwilligen Gesichtspunkten einrichteten. Der Prozess ergab die Geldstrafe von 300 M. Wackhaus zu 400 M. Geldstrafe wegen Verleumdung über Auer verurteilt.

Berlin, 25. Okt. Das Reichswehrministerium wird im Laufe des Winters die erste Wagenflotte völlig abschaffen, da sie von bezahlenden Reichswehrgenossen nur sehr selten noch benutzt wird, sondern nur noch als Vorrat für Parlamentarier und Vertreter der Reichswehrgenossen überwachungsamtliche betrachtet wird. Der Präsident der Deutschen Reichsbank, Dr. Hakenstein, befindet sich, wie der Deutsche Handelsdienst erfährt, augenblicklich in London, um dort mit Finanzkreisen, vor allem Dingen mit der Bank von England, finanzielle Verhandlungen zu führen.

Ein politischer Prozeß.

Der Kommunist Rechtsanwalt Dr. Levi (Frankfurt) hatte Ende Februar 1919 bei einer Versammlung auf dem Marktplatz in Stuttgart zur Bewaffnung der Arbeiterschaft aufgefordert und wurde deswegen in der Nacht vom 21. auf 22. Februar in einem Stuttgarter Hotel festgenommen, im Auto nach Borsbrunn gebracht und der badischen Polizei übergeben. Die badische Polizei schaffte ihn nach Duppelheim, von dort kam er nach Frankfurt a. M., wo der Polizeipräsident seine Annahme verweigerte. Er wurde dann kurzzeitig von dem Beamten freigelassen. Wegen dieser Festnahme hat Levi vor dem Stuttgarter Sondergericht gegen den früheren württ. Staatspräsidenten Bloß wegen widerrechtlicher Freiheitsentziehung Anklage erhoben. Er verlangte einen Schadenersatz von 20 M. Der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Dr. Mohr, hob in der am Montag nachmittags stattgefundenen Verhandlung hervor, daß der Staatspräsident nach dem Gesetz nicht berechtigt gewesen sei, die Anwesenheit selbst zu untersuchen. Es sei auch zu beanstanden, daß Levi nicht gleich an der württ. Grenze freigelassen worden sei. Der Vertreter des Beklagten, Rechtsanwalt Schiller, wies im Namen seines Klienten den Ton des vom Staatsanwalt verlesenen Schriftsatzes des Klägers zurück. Wenn der Kläger gegenüber dem früheren Staatspräsidenten von Duppelheim rede, so müßte das gerade aus seinem Munde recht sonderbar an. Nach der württ. Verfassung sei Träger der Staatsgewalt das Volk und dieses bestelle den Staatspräsidenten als ersten Beamten. Es habe sich übrigens bei der Bestimmung Levi um den Beschluß eines Kollegiums, des Staats-

ministeriums, gehandelt. Levi sei von den Beamten nirgends bedroht, sondern stets anständig behandelt worden. Der Beschluß des Gerichts wird am Montag, 31. Oktober, vormittags 9 Uhr, erfolgen.

Beisehung des bayerischen Königs.

München, 24. Okt. Infolge der Mobilisierung der Tscheko-Slowaken gegen Ungarn ist auch die Möglichkeit einer Umleitung des Sonderzuges mit der Leiche des Königs bisher ausgeschlossen gewesen. Die getroffenen Vorbereitungen für die Beisehung wurden daher zunächst unterbrochen. Die Trauerbeisehung der Staatsgebäude ist eingezogen worden. Viele Privatbäuer folgten diesem Beispiel. Die königliche Familie wird alles daran setzen, um das bayerische Königspar, sobald es die Verhältnisse irgendwie gestatten, in seine letzte Ruhestätte in der Münchener Frauenkirche zu geleiten. Nach der Befreiungnahme und der Auflösung der ausländischen ungarischen Truppen dürfte doch eine Klärung der Situation bald erfolgen, so daß mit einer raschen Ueberführung der Leiche des Königs wohl gerechnet werden kann. Nach Meldungen aus Madrid begibt sich der Infant von Spanien, Ferdinand Maria, als Vertreter des Königs von Spanien und der Königin Mutter, die bekanntlich eine Schwester der Königin Maria Theresia von Bayern ist, zu den Beisehungsvorbereitungen nach München.

Reinwahlen werden gefordert.

München, 24. Okt. Angesichts des Rücktritts des Kabinetts wird von den Reichstagsmitgliedern ein Appell an das deutsche Volk laut. Wir brauchen eine neue Regierung und einen neuen Reichstag. Es handelt sich um das Leben oder Sterben eines Volkes, und am Wendepunkt muß diesem Volk die Möglichkeit gegeben werden, seine Stimme in die Waagschale zu werfen.

Nach Oberschlesien das Memelgebiet.

Berlin, 25. Okt. Wie der „Volkswacht“ gehört haben will, sei der Oberste Rat entschlossen, unmittelbar nach Erledigung der ober-schlesischen Frage seine Entscheidung über das Memelgebiet zu treffen, und zwar soll das Memelgebiet, weil Wilna Polen zugesprochen wird, Litauen als Entgelt für den Verlust angegliedert werden. Anschließt soll Memel an Stelle Litauens die Hauptstadt des vereinigten Litauens werden.

Der Rat des deutschen Memelgebietes mit der reindeutschen Hauptstadt Memel würde das Befreiungswort des Obersten Rates an deutschen Volkskörper krönen. Es gehörte zu den unversöhnlichsten Bestimmungen des Friedensvertrages, daß in seinem Artikel 19 das Verfügungsrecht über das Memelland den alliierten Mächten zugestanden wird. Man hatte vermutet, daß England sich dort an der Obersee festsetzen wollte, hatte auch an einen zweiten polnischen Korridor gedacht. Jetzt ist klar ersichtlich, daß dieses deutsche Gebiet von der Entente als Schandobjekt im polnisch-litauischen Grenzstreit benutzt werden soll. Die Bevölkerung des Memellandes hat wiederholt und mit Nachdruck ihre deutsche Stimmung bekundet und gegen die Angliederung an Litauen protestiert. Wird auch über diesen Protest das Diktat der Machthaber gewissenlos hinweggeschwiegen?

Die Kredithilfe der Industrie.

Berlin, 24. Okt. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, haben in den letzten Tagen und auch heute im Reichswirtschaftsministerium Verhandlungen mit einzelnen Herren des Reichsverbandes der Deutschen Industrie über die schon seit längerer Zeit vorgesehene Kreditaktion des Reiches stattgefunden. Das Ergebnis zeigt, daß die Aussichten für die Durchführung der Kreditaktion durch die ober-schlesische Note sehr verbleibert worden sind. Es wurde kein Zweifel daran gelassen, daß nach Abtretung des ober-schlesischen Industriegebietes an industrieller Seite nur geringe Möglichkeiten für die Gewährung der Kredithilfe überhandt befänden. Es ist dies für das Reich um so schädlicher, als zwar die für die Reparationszahlung vom 15. November nötigen Devisen beschafft sind, darüber hinaus aber von anderer Seite Devisen nur in geringem Maße zu erwarten sind. So kann, wenn das Abkommen über die Devisenhilfe nicht zustandekommt, die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands sehr rasch eintreten. Aber auch selbst beim Zustandekommen des Kreditabkommens sind die Aussichten für eine bessere, erträgliche finanzielle Entwicklung des Reiches infolge des rasch verringerten Wertes der Devisenhilfe in den letzten Tagen sehr gesunken. Wie wir zuverlässig erfahren, hat der Reichsverband der deutschen Industrie auf den 5. November eine Versammlung seiner Mitglieder einberufen.

Eine „Kleine Anfrage“ an die kommunistische Parteileitung.

Die ehemaligen Kommunisten Lauffenberg und Wolfheim haben an die Kommunisten eine Anfrage gerichtet, die einem sehr heißen Punkt berührt. Sie fragen die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands, ob sie bereit sei, der Öffentlichkeit Aufklärung zu geben, wie viele Millionen sie in derselben Zeit und dem verhängenden Rußland empfangen, in der sie mit den wehrmühtigen Russen und Chinesen die Taschen der Proletarier aller Länder schürfte. Eine Antwort von kommunistischer Seite ist bisher nicht erfolgt. Dieses Schweigen ist Antwort und Kommentar genug.

Frankreichs Doppelspiel.

Berlin, 26. Okt. In diesem gut unterrichteten Höfischen Kreise hält man es für klar erwiesen, daß Frankreich über das neueste Abenteuer Karls vollkommen unterrichtet war und es gebilligt hat. Der Rittmeister zwischen Kaiser Karl und der französischen Regierung sei der kommandierende General des 21. französischen Korps in Straßburg, General Franquet d'Espèran, dessen Truppen im Herbst 1918 nach Abschluß des Waffenstillstands Ungarn und Budapest besetzten. Das Flugzeug, das Karl nach Odensburg gebracht hat, soll von einem französischen Offizier gesteuert worden sein.

Ausland.

Mailand, 26. Okt. Eine offizielle Note besagt, daß die italienische Regierung schon seit Ende September von den Antrieben Kaiser Karls unterrichtet war und deshalb in Wien einen diplomatischen Schritt unternahm. Die jugoslawische Regierung habe sich darauf beschränkt, Karl an seine ehrenwörtlichen Verpflichtungen zu erinnern.

Vertreibung gegen die schweizerische Regierung.

Aus dem Lager der Großen Entente kommen Vertreibungen an die Adresse der schweizerischen Regierung, weil sie dem Kaiser Karl unterkommen lassen und dadurch den Wutsturm ermöglicht hat. Besonders eindringlich sind die Anträge, die Italien erhebt. Etwas zurückhaltender brühen sich die englischen Offiziere aus. Frankreich beteiligt sich nicht an diesen Anträgen. Die Deutsche wäre auch gar zu groß, allem, was man über die französische Begünstigung der karlschen Umtriebe weiß.

Ueber die Zukunft des Unruhenbüttels.

Nach einer Meldung aus Wien soll die Reichsministerkonferenz gestern vormittag beschlossen haben, bei der ungarischen Regierung folgende Forderungen zu erheben: Das ungarische Kabinett soll die Absetzung Karls verkünden und der Person des früheren Kaisers sich bemächtigen. Es soll dafür sorgen, daß Karl unter Bedingungen, welche die Verbündeten vorschreiben wollen, Ungarn verläßt. Die Verbannung Karls ist ja nun inzwischen Tatsache geworden. Auch die Kleine Entente soll unbedingt darauf bestehen, daß Karl für sich und seinen ältesten Sohn Otto die Abdankung formell unterfertigt. Karl soll auf der Baleareninsel Mallorca interniert werden, wo die Kaiserin ihren sehr schönen Besitz haben. — Das „Journal“ ist der Ansicht, daß die Kleine Entente diesmal noch schneller reagieren werde als in den Osttagen und glaubt, daß die Luftreise des Kaisers Karl möglicherweise auf St. Helena endigen werde.

Der ehemalige verräterische Bundesgenosse.

Bezeichnend ist es, daß die kaiserliche Propaganda sich auch diesmal bemüht, die Sympathie der französischen Öffentlichkeit zu erwerben, indem sie möglichst auffällig ihre Deutschfeindlichkeit betont. Der „Matin“ hat seinen Korrespondenten nach der Schweiz geschickt und gibt einige Erklärungen wieder, die dieser von der zurückgebliebenen Umgebung des Erzfinders erhalten hat und die, wie Sauerwein anmerkt, von Karl selbst für diesen Zweck zurückgelassen worden sind. Es heißt darin, Frankreich und England würden hoffentlich keine Truppen nach Ungarn entsenden, um die Rückkehr eines Herrschers zu verhindern, der in den beiden letzten Jahren des Krieges mit aller Entschiedenheit seinen Wunsch bekundet habe, sich von Deutschland zu trennen. Es sei dem Erzfinders besonders daran gelegen, die französische und englische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß man es bei seiner Person nicht etwa mit einem Freund Deutschlands zu tun habe, noch daß für ihn jemals ein Bündnis mit Deutschland in Frage käme. Der Herr, der diese Erklärungen im Namen des Erzfinders abgab, ist der sog. Professor Herrmann, Herr Werkmann verheiratete übrigens, daß Kaiser Karl vollkommen demut sei, daß er nicht noch einmal in die Schweiz oder in ein anderes europäisches Land zurückkehren könne. Er werde entweder in Ungarn bleiben oder aber er werde als Monarch ein würdiges Ende zu nehmen wissen. Das klingt zwar sehr stolz, aber man wird abwarten müssen, ob sich nicht noch eine dritte Möglichkeit finden wird.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

— Zum Steueroberratmeister an seinen Dienstort wurde befördert: Klager bei dem Finanzamt Neuenbürg.

Neuenbürg, 25. Okt. In Ausführung eines Bezirksratsbeschlusses wird die Oberamtsparafasse Neuenbürg nach dem Vorgang anderer Sparrassen des Landes in Wildbad eine Zweigstelle errichten und morgen, Donnerstag, eröffnen. Die Zweigstelle ist bestimmt, die Geschäfte der Sparrasse, insbesondere den Sparverkehr und den provisorischen Spar- und Giroverkehr für die Stadt Wildbad als Abteilung der Oberamtsparafasse selbständig zu führen.

— Feldrennrad, 25. Okt. In dem Süßwassert in Oppau haben mehr als 200 unserer Arbeiter in ihrem Betriebe beigetragen, auch die hiesige Postagentur hat einen kleinen Betrag erlassen. Die vom Gemeinderat beschlossene und gewissenhaft durchgeführte amtliche Hausauszahlung hat ergeben: in Feldrennrad 350 M., in Witzweiler 300 M., zusammen 1250 M. Diesen nicht unbedeutenden Betrag hat der Gemeinderat auf 1500 M. aufgerundet. Das Sammelergebnis geht an die Bezirksbauernstelle, Oberamtsparafasse Neuenbürg.

— Hohen a. H., 24. Okt. Im Gasthaus „Zum Oben“ sprach gestern nachmittags Herr Schulz De. Halle (Ludwigsburg) für die Bürgerpartei über „Oberschlesien und unsere Zukunft“ vor gut besuchter Versammlung. Anschließend an die im drohenden Ton gebaltene Aufschrift des französischen Ministerpräsidenten Briand an den deutschen Vorkämpfer vom 21. Oktober referierte der Redner über den Genfer Spruch des Völkerbundrates, der die neuen Grenzlinien und die wirtschaftlichen Uebergangsmassnahmen bestimmt. Diese neueste Entscheidung bedeute wieder einen glatten Bruch des Versailler Vertrags, einen unlagbaren wirtschaftlichen Schaden für Deutschland und Oberschlesien. Wir verlieren dort 86 Prozent Kohle, 83 Prozent Eisen, 100 Prozent Zinn und 75 Prozent Blei. Dazu kommt der große währungsliche Verlust. Außerdem sei ein neuer Bündnis für kriegerische Verbindungen geschaffen. Statt Frieden zu stiften, hat der Völkerbund einen zweiten Balkan errichtet. In erster Linie sei hieran Frankreich schuldig. Es wolle Raube für 1813 bis 1815 und für 1870 bis 1871 und Gold. Der Kaiser Ludwigs XIV. kreuzte seine Arme nicht bloß nach dem linken Ufer, um uns völlig zu vernichten. Eine beschämende Rolle habe in der ganzen Geschichte Lloyd George gespielt. Bestimmt erklärte er, Oberschlesien müsse un-



große Anzahl von Einbrüchen genommen worden. Wegen weiter in Vorzug beim Verarbeiten des Goldschmelz- und Dürrwärders.

brach hier ein Brand aus und eine gefüllte Säure, einem der niedergelegten Inventar, so daß die Gekochten. Außerdem der Kessel. Die Freiwilligen großen Anstrengungen bei

gemeinde beabsichtigt für im Frühjahr die Ver-

lechten Tagen liegen eine philistin in Reichheim an als Fenster eines Bauwerkes unverschlossen. Die Besatzung

ganzer Kreisstraße war Staatskommissar auf 1. Oktober von

1.1. Oktober von 1200000 A. Ein großes Verbrechen. Er während der Verhaftung während der Verbringung

men. Alle Anstrengungen man eine hohe Belohnung Vergütetes angelegt hat. Ein dem Orte Weichenheim

Hebersteine von Friedrich Ein Grabstein, von Lohr

minde die Grabstätte. Das „Ein Strauß der Dichter“

Unsterblichkeit der Lieb- che Bekräftigung sich auf

er hat auf diesem Wege be- Lueg se, da riet die Deut-

schlechten Bekanntheit sein. In der Sonntag, trotz, an

schlechte Schiller. Die Zeit der Zeit Gedichtbüchlein

Inherrschaft den Spruch auf

men und geben. Die Behörden haben diese Schein

wieder freigegeben. Schrift kommen, daß die erste Zeit

ist, da doch die beschriebenen wollen, und daß sie

kannt, als wenn die Be- der zweiten Seite geschickt

zeit zum Geboren ist. Die Diskussion in Berlin

und seinen Untersuchungen. Hilfen, die Zeit sich auf

daß man wird, vorbereiten schlechten Ernten und die

1920 und 1924 vorhergegang-

verkehr.

einmalige Kreditbank (mitgeteilt) Vorbericht 1-1920, Paris 1170-1200. Tendenz abgeschwächt, le-

tagmarkt am hiesigen 15. 38 Köfen, 19 Bullen, 25 365 Kälber, 306 Schweine Lebendgewicht: Köfen 1. Bullen 1: 600 bis 700 A. 740 bis 830 A, 2: 600 bis

St. 1: 540 bis 640 A, 2: 350 bis 450 A, 3: 250 bis 350 A. Bullen 1: 900 bis 1020 A, 2: 850 bis 920 A, 3: 730 A. Schweine 1: 1330 bis 1410 A, 2: 1200 bis 1300 A, 3: 1170 A. Verkauf des Marktes: mäßig belebt.

Wirtschaftliche Wochenübersicht.
Bismarck. Die Entscheidung über Oberösterreich, ein

Verbreitert, die innerpolitischen Wirken in Österreich die einig bestehenden Ministerien waren auch in dieser

nicht geeignet, die Katastrophenstimmung auf dem Geld- markt zu beheben. In einzelnen Ländern des Auslands, beion-

der Schweiz, ist zwar eine leichte Erholung des Markt- der Schweiz, ist zwar eine leichte Erholung des Markt-

notierten 100 deutsche Mark in Zürich 3,47 1/2 nachdem sie am 17. Oktober bis auf 2,90 gefallen

am 14. Oktober 3,88 notierten; in Amsterdam 1,86 1/2 Gulden; in Kopenhagen 2,55 (4), in Stockholm 2,50

Kronen; in Wien 2194 (1922) Kronen; in London 8,20 Schilling; in New York 0,60 (0,70) Dollar und in Paris

1,11) Franken.
Paris. Der Raubzug der Entente in Oberösterreich, ein

verbreitert, die innerpolitischen Wirken in Österreich die einig bestehenden Ministerien waren auch in dieser

nicht geeignet, die Katastrophenstimmung auf dem Geld- markt zu beheben. In einzelnen Ländern des Auslands, beion-

der Schweiz, ist zwar eine leichte Erholung des Markt- der Schweiz, ist zwar eine leichte Erholung des Markt-

notierten 100 deutsche Mark in Zürich 3,47 1/2 nachdem sie am 17. Oktober bis auf 2,90 gefallen

am 14. Oktober 3,88 notierten; in Amsterdam 1,86 1/2 Gulden; in Kopenhagen 2,55 (4), in Stockholm 2,50

Kronen; in Wien 2194 (1922) Kronen; in London 8,20 Schilling; in New York 0,60 (0,70) Dollar und in Paris

1,11) Franken.
Paris. Der Raubzug der Entente in Oberösterreich, ein

verbreitert, die innerpolitischen Wirken in Österreich die einig bestehenden Ministerien waren auch in dieser

nicht geeignet, die Katastrophenstimmung auf dem Geld- markt zu beheben. In einzelnen Ländern des Auslands, beion-

der Schweiz, ist zwar eine leichte Erholung des Markt- der Schweiz, ist zwar eine leichte Erholung des Markt-

notierten 100 deutsche Mark in Zürich 3,47 1/2 nachdem sie am 17. Oktober bis auf 2,90 gefallen

am 14. Oktober 3,88 notierten; in Amsterdam 1,86 1/2 Gulden; in Kopenhagen 2,55 (4), in Stockholm 2,50

Kronen; in Wien 2194 (1922) Kronen; in London 8,20 Schilling; in New York 0,60 (0,70) Dollar und in Paris

1,11) Franken.
Paris. Der Raubzug der Entente in Oberösterreich, ein

verbreitert, die innerpolitischen Wirken in Österreich die einig bestehenden Ministerien waren auch in dieser

nicht geeignet, die Katastrophenstimmung auf dem Geld- markt zu beheben. In einzelnen Ländern des Auslands, beion-

der Schweiz, ist zwar eine leichte Erholung des Markt- der Schweiz, ist zwar eine leichte Erholung des Markt-

notierten 100 deutsche Mark in Zürich 3,47 1/2 nachdem sie am 17. Oktober bis auf 2,90 gefallen

Berlin, 26. Okt. Auf Grund richterlichen Erfindens wurde gestern eine Durchsuchung in der Zentrale der Kom-

munistischen Partei in Berlin durch die Polizei vorgenommen. Hierbei griff der kommunistische Reichstagsabgeordnete

Braß einen der Polizeibeamten an und versuchte, ihm ein beschlag-

nahantes Altesstück zu entreißen. Braß wird sich wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu verantworten haben.

— Weiter wählte der oberösterreichische Ausschuss, der unter dem Vorsitz des Ministers Dr. Rosen tagte, einen Unterausschuss,

der die Persönlichkeiten des zu den wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen zu entsendenden Kommissars bestimmen soll.

Berlin, 25. Okt. Der Kellertent der Reichstags hat die Plenarsitzung nunmehr endgültig auf 12 Uhr mittags

festgesetzt. Das Plenum selbst wird dann entscheiden, ob sich weitere Sitzungen anschließen werden oder der Reichstag

sich bis zum 3. November vertagen soll.
Berlin, 25. Okt. Der Stadtausschuss stellte gestern

das endgültige Ergebnis der Wahlen zur Berliner Stadt- vorordnetenversammlung fest. Demnach werden die drei

sozialdemokratischen Parteien 110 Mandate, die bürgerlichen Parteien 115 erhalten. — Im einzelnen verteilen sich die

Mandate auf die verschiedenen Parteien wie folgt: Deutsch- nationale 40, Deutsche Volkspartei 35, Demokraten 17,

Wirtschaftspartei 12, Zentrum 9, Freie Vereinigung Sozialer 1, Deutsch-Sozialer 1, Sozialdemokraten 46, Unabhängige 43,

Kommunisten 21.
Berlin, 25. Okt. Auf die Beschwerden der „Hamburger

Blätter“, des „Hamburger Tageblattes“, der „Münchener Morgenpost“ und des „Deutschen Volksboten“ in Frankfurt

a. O. über die gegen sie erlassenen Verbote hat der Reichs- verordnungsamt die Reichstags die 14tägige Verbotsfrist

des „Hamburger Tageblattes“ auf 7 Tage herabgesetzt, wäh- rend alle übrigen Verbote bekräftigt wurden. — Der Mar-

garineverband e. V. in Berlin teilt mit: Infolge der fort- schreitenden starken Entwertung der Reichsmark ist die

Margarineindustrie in die Zwangslage versetzt, die gegen- wärtig bestehende Preise für Margarine weiter zu erhöhen.

Die Erhöhung beläuft sich auf 5,50 M. bis 7 M. für das Pfund je nach Qualität. — Die kommunistische Zeitung

„Der Klassenkampf“ in Halle a. S. ist wegen Verstoßes gegen Paragraph 1 der Verordnung des Reichspräsidenten

auf 14 Tage verboten worden.
Hamburg, 25. Okt. Die Sturmchäden im Hafen gehen

in die Millionen Mark. Eine ganze Reihe großer Dampfer wurde von ihren Veräußerungen losgerissen und kam ins

Lecken. Dadurch wurden viele kleinere Fahrzeuge beschä- digt oder zerstört. Der Dampfer „Jda Blumenthal“ wurde

mitschifflich so stark beschädigt, daß er die Ausreise aufgeben mußte. Ein Tankdampfer wurde sogar aus dem Schwim-

meckel heraufgehoben und rampte gegen eine Quaimauer, wobei er schweren Schaden am Bug erlitt. Eine abschließende

Uebersicht über die Verluste wird sich erst in einigen Tagen gewinnen lassen. Auf der Elbe sanken im Sturm Dutzende

von losgerissenen Booten. Auch über die Sturmchäden in Groß-Hamburg selbst mehren sich noch immer die Meldungen.

Die Zahl der mehr oder minder Schwerverletzten beläuft sich auf 180. Todesfälle waren nicht zu beklagen. Auf Helgoland wurde die Junkspruchanlage zerstört.

Feldkirch, 25. Okt. Die amerikanischen Staatsangehörigen Staatsangehörigen Leo und Jda Steinberg aus New-

York waren vor einiger Zeit in Feldkirch festgenommen worden, als sie verurteilt, Juwelen im Werte von 26 Mil-

lionen Kronen über die Liechtensteiner Grenze zu schmuggeln. Gegen eine Buße von 3 Millionen Kronen wurden sie frei-

gelassen, von der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch aber des Landes verwiesen. Ein Rekurs gegen diese Landesver-

weisung wurde abgewiesen.
Junnsbrunn, 25. Okt. In der Nähe des Karwits zu

Berthau am Kenjesee hat ein Wendam der 20-jährigen Keller Leonhard Dehnenblatner aus Popenberg angehalten,

weil der junge Bursche in seinem Rucksack ein Abstrahde- webe sichtbar trug. Der Bursche entzog sich der Verant-

wortung durch die Flucht; der Bendarm rief ihm das vor- schriftsmäßige dreimalige Halt zu, dann schoß er nach dem

Früchtlenden in dem Augenblick, als er eben einen Stein von der Straße aufheben wollte. Die Kugel traf in den Kopf

und führte den Tod herbei.
Paris, 25. Okt. Die „Action Française“ teilt mit, das

Equidat der Fabrikate keramischer Produkte in Frankreich habe eine Resolution gefaßt, nach der keramisches Material

wie Ziegelsteine, Dachziegel, Fliese aus Steingut und Zement, sanitäre Apparate, feuerfeste Erzeugnisse für die Arbeiten

am Wiederaufbaugeschäft bei der französischen Industrie be- stellt werden sollen.
Calais, 25. Okt. Ein Flugzeug, das der französischen

Küste entlang flog, fiel in der letzten Nacht in der Nähe des Balde-Leuchtturms ins Meer. Nachforschungen waren in-

folge des Seeganges unmöglich.
Kopenhagen, 25. Okt. Der dänische Dampfer „Glosund“

ist in der Nacht vom Sonntag zum Montag im Sturm mit seiner gesamten Besatzung von 15 Mann und zwei Reisenden

im Kattegatt untergegangen. An der Küste von Seeland sind mehrere Leichen angeschwemmt worden und zahlreiche Wracks wurden an die Küste getrieben.

Konstantinopel, 25. Okt. In türkischen Kreisen wird

versichert, daß in dem französisch-türkischen Abkommen, das in Angora unterzeichnet worden sei, die Grenze von Syrien

wird festgesetzt worden sei: Sie folgt der Bagdadbahn und trifft den Tigris bei Dschefret-Nu-Omar. Der Türkei

verbleiben dabei Marasch, Aintab und Ufa.
Washington, 25. Okt. Aus Briefen der amerikanischen

Extremisten, die nach Washington geschickt worden waren und die jetzt in Händen der amerikanischen Truppen sind, geht

heraus, daß die amerikanischen Extremisten beabsichtigen, den Marshall Joch bei seiner Ankunft in Amerika zu ermorden.

Die amerikanische Regierung hat umfassende Vorichtsmaß- nahmen für den Marshall Joch, sowie alle Delegierten der

Washingtoner Konferenz getroffen.

Die Friedensvertrags-Ausstellung.
Stuttgart, 25. Okt. Der Bürgerrat Groß-Stuttgart und

die Schwab. Liga zum Schutze deutscher Kultur haben im Aus-

stellungsgebäude gegenüber dem Landesgewerbemuseum, eine Ausstellung über den Vertrag von Versailles eröffnet, die den

Inhalt und die Wirkung dieses sog. Friedens auf unser Volk, auf jeden einzelnen und auf unser Wirtschaftsleben zum Aus-

druck bringt. Es ist die größte Friedensvertrags-Ausstellung, die bisher in Deutschland gezeigt wurde. In jedem Raum

ist eine Fülle von Material, bestehend in Karten, Landkarte, Bildern, graphischen Darstellungen, Karikaturen, Büchern usw.,

zusammengetragen, das die Liga zum Schutze deutscher Kultur, das Deutsche Auslandsinstitut, die Reichszentrale für Heimat-

dienst und die Wehrkreisbehörde gesammelt haben. Und trotz- dem konnte vieles von den 140 Paragrafen des furchtbaren

Vertrages nicht dargestellt werden. Alles, was uns an Land, Menschen, Erzeugnissen, Bodenschätzen, Verkehrsmitteln, mili-

tärischer und finanzieller Kraft genommen wurde, ist so ein- drücklich und wirksam veranschaulicht, daß es jedem Kind zum

Bewußtsein kommen muß, daß unsere heutige Notlage die Aus- wirkung dieses Vertrages ist. Wie sind Elenden geworden,

Geradezu niederschmetternd wirken die Einzeldarstellungen auf den Besucher der Ausstellung. Man liest da auf großen Tafeln

z. B. was wir noch abzuliefern haben an Tieren: Rinde und Fische 9200 Stück, Hühner und Kanarienvögel 800000 Stück, Käl-

bühner 64000, Enten 270000, Fische 30000, Dienstmädchen 25000, Fische 124 Millionen, Kinder aller Art 800000

Stück, Pferde 150000 Stück, Schafe 900000 Stück, Schweine 150000 Stück, Geflügel 175 Millionen, ferner Dinge, von denen

man bisher kaum hörte, so 66 Millionen Kandelkerzen, 100 Millionen 1g Samen. Die ganze Not unseres Schwandens

wird veranschaulicht, wenn man liest, daß die 132 Milliarden Goldmark im November 1918 noch mit 200 Milliarden Reichs-

mark, am 16. Oktober 1921 jedoch mit 800 Milliarden Reichs- mark infolge der gestiegenen Valuta bezahlt werden müssen. Ein

Raum der Ausstellung ist auch Valuta benannt mit 14 Punkten gewidmet, die das deutsche Volk in das Elend hineingetrieben.

Die Ausstellung bringt jedem zum Bewußtsein, daß uns ange- heures Unrecht widerfahren ist und muß den Willen stärken, den Willen zum Leben u. den Widerstand gegen jede Ungerechtigkeit.

Dieser furchtbare Vertrag darf nicht zur zweiten Natur in uns werden.
Maßnahmen gegen den deutschen Ausverkauf.

Infolge der niedrigen deutschen Valuta ist die Flut von französischen, belgischen und holländischen Kaufleuten, insbe-

sondere Wein- und Obsthandlern überhandnehmend. Der 1918

Wein wird von diesen Weinhändlern massenhaft aufgekauft. Der deutsche Weinhandel laum bei der furchtbaren deutschen

Weldentwertung nicht mit, und muß zusehen, wie der Preis- wein zu Spottpreisen über die Grenze geht, wofür die minder-

wertigen französischen und eisernen Weine zu teurem Geld bereitkommen. Auch im übrigen deutschen Gebiet nehmen die

Kaufleute durch Ausländer einen folgenreicheren Umfang an. Viele Geschäfte legen bereits ohne Waren da. Der Textil- und Schuhwarenmarkt ist schwer betroffen.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat daher eine Voll-

zugsverordnung über die Beschränkung des Kleinhandelsver-

kaufs erlassen, nach der der Kleinhandelsverkauf an Ausländer unter gewissen Einschränkungen zunächst bis einschließlich

5. November 1921 verboten ist, soweit es sich nicht um Bedung eines augenblicklichen dringenden persönlichen Bedarfs handelt.

Auch im Grenzverkehr an der schweizerischen Grenze sind Maß-

nahmen getroffen worden, um die Ausfuhr deutscher Waren zu erschweren.
Dr. Wirth übernimmt die Bildung des Kabinetts.

Berlin, 25. Okt. Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichskanzler Dr. Wirth erneut mit der Kabinettsbildung be-

auftragt. Reichskanzler Dr. Wirth erklärte sich nach erneuter Rücksprache bereit, die Bildung der Regierung zu übernehmen.

Berlin, 25. Okt. Der Reichspräsident hat, nachdem er den Antrag des Reichspräsidenten zur Bildung der neuen Regie-

rung angenommen hatte, die Besprechungen mit den Mitglie-

dern des bisherigen Kabinetts aufgenommen. Zu einer Bes-prechung der Lage hat der Reichskanzler auch den Reichstags-

abgeordneten Dr. Heine zu sich geladen. Es ist damit zu rech-

nen, daß die Bildung des neuen Kabinetts im Laufe des mor-

gigen Vormittags zustande kommt, so daß es sich dem Reichs-

tag, der morgen nachmittag 1 Uhr zu einer Plenarsitzung zu-

sammentritt, wird vorstellen können.
Ueber die Zusammensetzung des neuen Kabinetts.

Berlin, 26. Okt. Das von Dr. Wirth zu bildende Reichs-

kabinet wird, den Blättern zufolge, kein Koalitionskabinet sein, sondern sich aus Politikern ohne Anlehnung der Partei zu-

sammengesetzen, die geeignet und guten Willens sind, die Poli- tik des Reichskanzlers zu unterstützen. Das Zentrum sowohl

als auch die Sozialdemokraten haben ihren Mitgliedern des bisherigen Kabinetts freigestellt, in das neue Kabinet Wirth

einzutreten. Unbestimmt ist noch das Verhalten der Demo- kraten. — Der „Vossischen Zeitung“ zufolge sollen von den

demokratischen Ministern Dr. Rathenau und Dr. Gester bleiben, aber als Sach nicht als Parteiminister. Reichsjustizmin-

ister Dr. Schiffer ist vom Reichskanzler erwidert worden, das Ju- stizministerium beizubehalten. Er hat sich keine Entscheidung

vorbehalten. Der bisherige Außenminister Dr. Rosen scheidet aus dem Kabinet aus. Es gilt als sicher, daß der Reichskanz-

ler selbst das Ministerium des Reichern beibehalten wird. Der

Leiten des zum Gehandeln Sachens in Berlin ernannten bis- herigen Ministers des Innern Dr. Gradnauer, ist Dr. Köster

angetragen worden, der dem Kabinet Hermann Müller kurze Zeit als Außenminister angehört hat. Das Finanzministerium hat der Reichskanzler dem Staatssekretär im Finanzministerium

Dr. Jaus angeboten, der vorkreispolitisch der Deutschen Volkspartei angehört. Der Reichskanzler wird heute im Reichstag

eine Erklärung abgeben über die Politik des neuen Kabinetts und am Schluß dieser Erklärung dem Reichstag die Frage

vorlegen, ob er diese Politik billigt oder nicht. Es wird also dem Reichstag überlassen sein, sich für dieses Programm oder

ein anderes zu entscheiden.
Die Gründe für das Ausscheiden der deutschen Volkspartei.

Berlin, 26. Okt. Die „Nationalliberale Korrespondenz“

schreibt über den Standpunkt der Deutschen Volkspartei zur Regierungsbildung u. a.: Die Fraktion der Deutschen Volkspartei nahm gestern abend zu den Verhandlungen beim Reichs-

präsidenten Stellung. Die Fraktion beschloß sich dabei vor allem erneut mit der Haltung, die von einer neu zu bildenden

Regierung gegenüber der oberösterreichischen Frage eingenommen werden soll. Die Fraktion hat in der oberösterreichischen Frage

unverändert an dem Standpunkt festgehalten, daß die Entsendung eines Kommissars zu den wirtschaftlichen Verhandlungen

nach dem Wortlaut der Mantelnote die Anerkennung der oberösterreichischen Entscheidung in sich schließt, und daß dann auch

durch eine Rechtsverwahrung nichts geändert werde. Die Fraktion war der Auffassung, daß Regierung und Reichstag unter

diesen Umständen deutlich erklären müssen, daß sie die Bedin-

gungen der Entente, die uns deutsches Land entreißen, und

Neue Befehle
auf den täglich erscheinenden „Euziler“ werden fort-

während von aller Postanstalten und unseren Ausländern entgegengenommen.

selbst in dem und verbleibenden Oberschlesien die deutsche Souveränität teilweise aufgeben will, nicht annehmen könnten, und daß dies gegenüber der Entente klar zum Ausdruck gebracht werden müßte. In den Verhandlungen beim Reichspräsidenten zeigten sich in der Behandlung dieser Frage noch weitere Meinungsverschiedenheiten. Der Versuch, für die an der Behandlung beteiligten Fraktionen eine Einigungsformel zu finden, führte nicht zu einem Ergebnis, das von der Deutschen Volkspartei als ihrem Standpunkt entsprechend angesehen werden konnte. Die Fraktionen kamen infolgedessen einmütig zu der Ueberzeugung, daß eine Grundlage für ein dauerndes einmütiges Zusammenarbeiten der für die große Koalition in Aussicht genommenen Parteien zurzeit nicht gegeben sei. Wenn wir die Gewalttätigung mittelbar oder unmittelbar annehmen, dann ist das Ende dessen, was man uns noch weiter an Unrecht und Gewalt antut, nicht absehbar. Deshalb kann die Deutsche Volkspartei in dieser Frage nur einer Formel zustimmen, die die Ablehnung deutlich ausdrückt und müßte sich, nachdem eine Formel in diesem Sinne nicht gefunden wurde, von den Verhandlungen zurückziehen.

Polen stimmt der ober-schlesischen Entscheidung zu.
Nach einer Wittermeldung aus Warschau ist der Oberkommissar in Danzig, Racinski, zum Vertreter Polens bei den wirtschaftlichen Verhandlungen über Oberschlesien bestimmt worden. Die polnische Regierung hat die Beschlüsse von Genf über Oberschlesien angenommen.

Nach dem Vorsch.
Budapest, 25. Okt. Der Reichsverweser Dorthy erließ eine Proklamation, worin er sagt, gewissenlose Personen hätten Kaiser Karl verführt, daß er zween Ausübung der Macht überauschwernde nach Ungarn zurückführe, obwohl sie die Gefahren für das Land voraussehen mußten. Dank der Arme und der Rühmlichkeit des ungarischen Volkes scheiterte der verhängnisvolle Plan. Dorthy dankt allen Beteiligten, die mit ihm treu ausblieben, um das Vaterland zu retten. — Die Regierung erließ Haftbefehle gegen die Abg. Stephan Friedrich, General Vorvath, Oberst Lehar, Major Hattenburg u. a. Die Abg. Friedrich und Szilagyi sind bereits in Haft. Der Abg. Szurcsanyi entkam durch das Fenster seiner Wohnung, als die Polizei kam und flüchtete im Auto. — An maßgebender politischer Stelle verlautet, daß die politischen Führer der Kar-

lischen Unternehmung, Graf Andrássy, Dr. Graf und Károlyi bereits verhaftet wurden und unter Bedrohung sich auf dem Wege nach Budapest befinden. Die militärischen Organisatoren des Unternehmens konnten bisher nicht festgenommen werden. Die Abteilungen der aufreuerlichen Truppen, die größtenteils versprengt sind, wurden entwaffnet.

Ausweisung der Habsburger aus der Schweiz.
Bern, 25. Okt. Der Bundesrat hat heute beschlossen, das ganze Gefolge von Dabburg auszuweisen. Inbegriffen sind sämtliche Mitglieder der Familie, soweit sie nicht absolut notwendig sind für die Pflege der Kinder, die in der Schweiz zurückbleiben können. Die Liste der ausgewiesenen Personen wird morgen bekanntgegeben.

Internierung Karls von Habsburg.
Budapest, 25. Okt. Das Ergebnis der gestrigen Beratungen der Vertreter der großen Entente mit der ungarischen Regierung besteht in dem Beschluß, Kaiser Karl vorläufig im Kloster Tibany am Plattensee zu internieren. Da er sich bedingungslos ergeben hat (der „Welt“ versichert also auf das theoretische „Entweder Siegen oder Sterben“, Schriftl.), können die bereits gemeldeten sieben Bedingungen, die ihm von der ungarischen Regierung gestellt worden waren, als angenommen gelten.

Ultimatum der Kleinen Entente an Ungarn.
Prag, 25. Okt. Die Kleine Entente wird ein kurzfristiges Ultimatum an Ungarn richten, in dem unter anderem gefordert wird: Karl von Habsburg wird bis zur endgültigen Entscheidung über sein Schicksal interniert. Die ungarische Regierung verzichtet in einem Geleit auf jede Restauration der Habsburger. Die ungarische Armee muß sofort auf die im Trianoner Friedensvertrag bestimmte Zahl reduziert werden. Die ungarische Regierung hat den Kampf gegen die bürgerländischen Banden aufzunehmen und dafür zu sorgen, daß Bestenfalls in Oesterreich in dem vom Friedensvertrag bestimmten Ausmaß vorbehaltlos ausgeliefert wird. Die Ausführung aller dieser Maßnahmen hat unter Kontrolle der Kleinen Entente zu erfolgen.

Oberschlesien und die Reparationsfrage.
London, 25. Okt. Im Unterhaus fragte Kenwortby, ob die Wirkung der Entscheidung in der ober-schlesischen Frage auf die Zahlung der deutschen Entschädigungen in Erwägung ge-

zogen worden sei und ob man beabsichtige, die Reparationsfrage infolge des Gutachtens des Völkerbundrates von neuem aufzuwerfen. Der Schatzkanzler verneinte dies. Das von der deutschen Regierung angenommene Ultimatum hat etwaige Entscheidungen bezüglich Oberschlesiens nicht in Frage gezogen.

Kenwortby fragte weiter: Ist es dem Schatzkanzler bekannt, daß der Finanz- und Handelsausschuß beinahe einmütig der Meinung ist, daß die Zahlung des geschätzten Schadensbetrages nicht geleistet werden könne, ohne die Finanzen zu schädigen? Wird diese Frage von neuem erörtert werden? Seitens der Regierung erfolgte keine Antwort.

Der erneute Vorstoß Kenwortbys, des einseitigen behaupteten Vorkämpfers für Wiederherstellung der wirtschaftl. Ordnung ist ergebnislos geblieben. Vorläufig wird die britische Regierung doch einsehen müssen, daß die Wieder der deutschen Reparationszahlungen auch den britischen Finanzen franguliert, und dann wird Kenwortby, der beinahe einmütig deutsch ist, sondern ganz kühl und nüchtern britische Interessen vertritt, wohl weniger taube Ohren finden. Die Antwort des Schatzkanzlers über den Zusammenhang zwischen Reparationszahlungen und ober-schlesischer Entscheidung ist überaus launig zu übertriebender bürokratischer Einseitigkeit verständig hat sich das Ultimatum der Entente mit der Nichtachtung über die deutscherseits wiederholt erfolgte Erklärung, daß nur beim Verbleiben Oberschlesiens beim Reich der Versuch zur Erfüllung gemacht werden könnte, hinweg über den logischen und sachlichen Zusammenhang zwischen der Verminderung deutscher Wirtschaftskraft und Reparationsleistung zu leugnen. Ist wohl das stärke, was der antwortlicher Staatsmann sich leisten kann.

Loth George und Erzherzog Karl.
Paris, 25. Okt. Loth George hat gestern im Unterhaus auf eine Anfrage erklärt, daß die Entente-Regierungen keine wie vor jeder Restauration der Habsburger widerlegen Unterhaus nahm die Erklärung mit allgemeinem Beifall. Ein Abgeordneter fragte, ob die ungarischen Regierungen den Kaiser Karl und seinen Anhang verhaften werden, anderer Abgeordneter rief dazwischen: „Sie sollen ihn erschießen!“, worauf unter Gelächter die Rufer erwiderten: „hört!“

Württ. Amtsgericht Neuenbürg.
Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Deri, Deutsche Regalindustrie, G. m. b. H.** in Neuenbürg, wurde nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins und Vollzug der Schlussverteilung aufgehoben.
Den 22. Oktober 1921. **Obersekretär Darr.**

Amtsgericht Neuenbürg.
Im **Güterrechtsregister** ist am 15. Oktober 1921 eingetragen worden: **Karl Theodor Fir, Goldarbeiter, und Emilie, geb. Müller, in Birkfeld.** Der Mann hat die Schlüsselgewalt der Frau gemäß § 1357, Abs. 2, B. G. B., ausgetauscht.
Den 20. Oktober 1921. **Obersekretär Darr.**

Oberamts Sparkasse Neuenbürg.
Zweigstelle Wildbad.
Fernsprecher Nr. 97.

Geschäftseröffnung am 27. Oktober 1921.
Annahme von Spargeldern.
Abgabe von Darlehen auf 1. Hypotheken und gegen Verpfändung von Wertpapieren gegen 4 1/2 % Verzinsung.
Eröffnung von provisionsfreien Giro- u. Scheckkonten, Verwahrung, Verwaltung.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Einzug von Schecks auf alle Bankplätze.
Einlösung von Zins- und Dividenden-Scheinen.
Umwechseln fremder Geldsorten.
Beratung in Fragen solider Kapital-Anlage etc.

Wildbad.
Vorbereitungskurs für die Meisterprüfung.
Der Kurs beginnt am **Dienstag, den 25. Oktober, abends 7 Uhr,** im Zeichensaal der neuen Schule.
Gewerbeverein: Gewerbeschule: Ehr. Schill Prof. Steuerer.

Befichtigen Sie, auswahlreiches Lager in Damen-Hüten und Pelzwaren.
Ren- und Umarbeiten von Hüten und Pelzen in bekannt tadelloser Ausführung.
Impressen von Damen- u. Herrenhüten schnellstens.
Friedr. Dann, Pforzheim, Fernsprecher Nr. 12, Telephon 2244.

Kaufe
Gold, Platin, Silber zur gewerblichen Verarbeitung.
August Reich, Pforzheim, Edelmetallhandlg., Gnzfr. 39, Telefon 8468.
Schöne **Milch-Ichweine** hat zu verkaufen **Friedrich Kirchherr.**

Neuenbürg. Bestellungen auf Dedreis
können morgen abend zwischen 5 und 7 Uhr bei Waldhüter Kluff gemacht werden.
Stadtstege.

Forkholz Calmbach. Beigholz-Verkauf.
Am **Mittwoch, den 2. Nov. 1921,** vormittags 9 1/2 Uhr in Calmbach (Rathaus) aus Staatswald **Giberg** Abt. Kohlplatte und vom Scheidholz **Dürr, Hengstberg, Meistern, Heimenhardt und Rölling:**
Am: Laubb.: 2 buch. Klobh., 5 birkl. Brügel, 9 abr. Laubb. Anbruch; Nadelh.: 40 Brügel, 471 Anbruch. Losverzeichnisse von der Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Ata
Henkel's Scheuerpulver
Ata eignet sich für alle Mischengeräte besonders auch für Ofen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Nach Stuttgart wird für 1. November oder später tüchtige, zuverlässige **Köchin,** die auch etwas Hausarbeit mitübernimmt, bei gutem Lohn gesucht. Auslagen vergütet. Schriftl. Angebote an **Frau Emil Häbler, Stuttgart, Hohenjollenstr. 26.**

Bergebung von Bauarbeiten.
Zum Bohn- und Oekonomiegebäude-Neubau des Herrn **Fritz Wagner, Schreiners in Schwann** sind die **Grab-, Betonier-, Maurer-, Zimmer-, Flächner-, Gips-, Glaser- und Installations-Arbeiten** in Akkord zu vergeben.
Pläne, Arbeitsbeschreibungen und Bedingungen liegen auf meinem Büro in **Neuenbürg** am 28. und 29. ds. Mts. auf und wollen Offerten verschlossen zum **29. ds. Mts., abends,** ebendortselbst abgegeben werden.
Neuenbürg, den 25. Oktober 1921.
J. A.: **Albert Birkle, Bauwerkmeister.**

Meine Frau war über 50 Jahre mit einer **Flechte** befallen. Kein artemes Flechten hatte sie auf dem Kopfe. Durch **Lucker's Panosol-Medizinal-Salbe** wurden die Flechten in 2 Wochen beseitigt. Jede Salbe ist **Leuzsch's** wert. 9 B. Dazu **Leuzsch-Creme** (nicht kleben und fettig). In allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien erhältlich.

Jungen Mann, der sich als **Heizer** ausbilden will, sucht **Schwarzwaldheim Schönbürg Station Döfen.**

Ordentliches **Mädchen** für häusliche Arbeiten auf 1. November gesucht.
Frau Dr. Eöhle, Pforzheim, unt. Hringergasse 11.

Tücht. Mädchen, das bürgerlich kochen kann, auf 1. Oktober oder später bei gutem Lohn gesucht.
Frau A. Rosenfeld, Pforzheim, Jahnstraße 7 3. St.

Wildbad.
Eine überzählige **Muz-Kuh** hat zu verkaufen **Sommerberghotel.**

H. M.
Heute abend Eintracht.

Wegen Inventur-Aufnahme bleibt unser Geschäft morgen Donnerstag vormittag geschlossen.
Pfannkuch & Co. Neuenbürg.

Stuttgarter Neues Tagblatt
Bedeutendste Zeitung Württembergs
GROSSTER LESERKREIS
TAGLICH 2 AUSGABEN
ERSTES ANZEIGENBLATT

Leinfuchsen-Mehl, Sesamfuchsen-Mehl, Kepsfuchsen-Mehl
zu Tagespreisen.
Alfred Reclam, Nagold.
Vollkornmehlschlagerei,
Fernsprecher 101. beim Hauptbahnhof.

Für Flechten-Kranke!
Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Flechten, heile ich mit Garantie mit meinem **Währten Flechtenheilmittel** in 8-14 Tagen. Zahlung nach Abschreibung. Eine Flasche genügt. Preis 25 B.
F. Müller, Heilkundiger, Bremen.
Große Armentstr. 23. Sprecht. 9-10 u. 3-4

Ein tüchtiger **Gattersäger** wird für sofort gesucht.
Leoh. Woll, Sägewerk, Pforzheim

Bezugspreis:
Wirtsführer in Neuenbürg 18.48. Durch die in Ost- und Oberamts sowie im sonstigen württembergischen Verkehr mit Postbefreiung.
In Fällen von höherem Wert besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitungen, aber auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen Poststellen, in Neuenbürg, oder die Redaktion jederzeit entgegen.
Preisliste Nr. 24 bei O.V.-Sparkasse Neuenbürg

Nr. 249.
Das II

Bekanntlich wird bei und der Vorkosten darüber hinaus, aber möglichen Umständen daraus hervorgeht, daß der 1.950.000 betragenden Gebietes 9 bis 10 Prozent über hatte und 60 bis 40 Prozent für polnische (Stimmen), 12 1/2 polnische und wenn auch in dieser eine sehr schwachen Gewicht fällt, als gelehrt von den Franzosen hätten. Die abzutretenden Gebiete von 2774 deutsche km² der Landeshoheit von 68 1/2 Stadtkreis Königsberg gegen 10 764 polnischen Abtretung Gebiets ist während in stark geteilt abzutreten deutsche Wehrheit in Die polnischen Hoch Terrors noch immer polnische gegen 18 6 gegen 25 616 deutsche Die Bedeutung der daraus hervor, grimmten Abtretung nahezu 50 Prozent ist. Es handelt sich hier, die dem Bren Die industrielle Steintohlengruben bestich bleiben. Wie die drei bedeutendsten teatich nur Nord-Beuthen, Dr-Beuthen, lerang Oberschlesien können; nach der Zeit, daß die Pörschölicher Seite 77 1/2 bis Prozent (7 1/2 monatlichen 1 100 000) her aus Oberschlesien innen Gebiet oder wäßen. Die fünf Oberschlesiens erriktommen von S ober-schlesischen Geleiter ansteht, und mit Weiden und nach Kennen von rund im schon den größmilchische Kohlenre: Ausdeute dieser S Weidenden 5 5 M die größte Hälfte im Gebiet liegt. nahe das ganze abweillicher liegender vorgeschritten sind. ober-schlesische Kohle ist im wesentlichen zur Verkohlung geBon den vier oben dem abzutretenden Die Hünenergrat 2 000 Tonnen im von den acht Pos nur drei Werke u hauptproduktion, verlieren wir ein Holzwerken werde 1922 und Laural Weiden zehn deutl Von 18 Zins- damit also von ei Hünenergrat münnebr gründeren Weier ober-schlesischen R: Oberschlesien aber Hünenergrat geben gesamten deutliche Hünenergrat geben Jahressproduktion haben nichts hin die Größe des deu bundentscheidung mag uns diesen B